

## Friedensmissionen auf dem Balkan

### Acht Jahre Tätigkeit im Auftrag von WEU, UN und OSCE als Wahlbeobachter und als Mitglied einer internationalen Polizeitruppe

*Henning Hensch, Lütjenburg*

Zwischen 1994 und Anfang 2002 bin ich als Polizist auf dem gesamten Balkan eingesetzt gewesen und zwar – stets im Auftrag des Auswärtigen Amtes – für die WEU, die UN und die OSCE. Ich war sowohl als Wahlbeobachter tätig wie auch auf dem Gebiet der polizeilichen Überwachung und Ausbildung sowie im Rahmen von Ermittlungen in Sachen Kriegsverbrechertribunal Den Haag. Meine Schlussfolgerungen aus dem Erlebten, Gesehenen und Erklärten sind in dem einen oder anderen Fall subjektiv, weil ich feststellte, dass die erklärte Politik der internationalen Staatengemeinschaft keineswegs immer mit ihrem Handeln übereinstimmte. Bevor ich meine Beobachtungen darstelle, will ich eine Feststellung vorausschicken: Die zivilen und noch deutlicher die militärischen Missionen nahmen und nehmen selten Rücksicht auf die sehr unterschiedlichen Kulturen des Balkans und daher gab es häufig Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten.

#### Mostar

Als Mitglieder einer internationalen Polizeitruppe war Mostar für uns ein schwieriger Anfang, denn die unterschiedliche Ausbildung und die unterschiedlichen Grundsätze und Polizeistrukturen beispielsweise der paramilitärischen Einheiten der Guardia Civil, des BGS oder der fran-

zösischen Gendarmerie bereiteten anfangs Probleme. Erst seit dem Jahr 2000 hat die OSCE begonnen, gemeinsam mit der EU Ausbildungs- und Vorbereitungsnormen zu installieren. Die noch unterschiedlichen Arbeitsweisen und Schwerpunkte in der Ausbildung der verschiedenen Polizeieinheiten führten daher bei den Einsätzen, bei denen ich beteiligt war, noch häufiger zu Problemen. Ich landete in der „Special Investigation Branch“. Aufgabe dieser Einrichtung war die Überwachung des organisierten Verbrechens, die Beobachtung der Polizei auf der kroatischen und der bosnischen Seite, Ermittlungen bezüglich Vertreibungen und vor allem deren Verhinderung, erste Schritte zur Zusammenführung der Polizeieinheiten beider Seiten sowie – als wichtigstes Ziel – die Vertrauensbildung.

Das Vertrauen in die Polizei war praktisch gleich null, weil in dieser Region Polizei und Militär die uniformierte Staatsgewalt darstellten und nicht selten mit dem organisierten Verbrechen und dessen politischen Freunden kooperierten. Über die WEU-Polizei sollte versucht werden, Vertrauen in eine zivile und unparteiische Verwaltung herzustellen. Eine schier unmögliche Aufgabe, weil Bosnier und Kroaten nur ein Interesse hatten, nämlich Teilung und Besitzstandswahrung, und dabei war jeder Seite jedes Mittel recht. Rücksichtnahme auf die Menschen, die auf beiden



Mostar 1994, Boulevard, Confrontation line

Seiten litten, war selten zu beobachten. Politik, Vertreter der Konfessionen, organisierte Kriminalität und Militär zogen auf beiden Seiten am gleichen Strang. Tuta, kroatischer Held von Franco Tujmans Gnaden, selbst ernannter Präsident der kroatischen Teilrepublik Herceg-Bosna und heute in Den Haag einsitzend, beherrschte die Westbank Mostars. Wir beobachteten uns gegenseitig – soweit überhaupt möglich –, ohne jedoch wirklich handeln zu können, weil die Vertrags- und die Rechtslage es nicht zuließen. In Sarajewo verabschiedete Gesetze wurden je nach Nutzen und Zweck ganz unterschiedlich angewendet und führten immer wieder zu Schwierigkeiten. Das war den beiden Parteien natürlich bekannt. Mit anderen Worten: wir waren eigentlich machtlos. Die Mafiosi Tuta und Stella belieferten Westbank wie Eastbank mit gestohlenen Kraftfahrzeugen, je nach Bedarf. In Mostar registrierten wir mehr als 4000 gestohlen gemeldete Fahrzeuge, überwiegend aus Deutschland und größtenteils Fälle von Versicherungsbetrug. Hinweise an die Versicherungswirtschaft blieben ohne Ergebnis und Nachforschungen und uns wurde jeder weiterer Kontakt mit deutschen Polizeidienststellen im Sinne von Ermittlungen untersagt, weil dies nicht den internationalen Regeln entspreche.

Internationale Regeln bedeutete in diesem Fall, dass es in Sarajewo nach dem Auseinanderbrechen der jugoslawischen Staatengemeinschaft keine Dienststelle der Inpol mehr gab, sondern nur in Belgrad. Letztere Stelle um Auskünfte zu bitten, die Deutschland und BiH. betrafen, hätte geheißen, Eulen nach Athen zu tragen, weil konkret fassbare und nutzbare Mitteilungen nicht zu erwarten waren, zumal die Präsidenten Tujman und Milošević zu diesem Zeitpunkt noch relativ eng kooperierten und zwar, um einen Staat BiH zu verhindern und eine serbisch-kroatische Aufteilung Bosniens zu erreichen. Einer der Berater Tutas war Ivan Advanbak, ein bei der IRA und in Syrien ausgebildeter Terrorist, mit Verbindungen zur RAF und zu Top-Terrorist Carlos, der für die militärischen Aktionen Tutas



Mostar 1994. Wasserstelle, angelegt von NGO und UN

und seiner HVO (kroatisch/hercegowinische Armee) verantwortlich war. Er konnte schalten und walten wie er wollte. Diese Leute – immer im Benehmen mit Tujmans Regierung – waren auch verantwortlich für das Raketenattentat auf den Administrator Hans Koschnick. Die Täter waren kroatische Militärpolizisten aus Hercegowina, wie sich 2001 herausstellte. Sie waren als Wächter in dem berüchtigten Militärgefängnis „Luna“ nahe Split beschäftigt, in dem in Kroatien lebende Serben inhaftiert und gefoltert wurden, ohne dass Ermittlungen geführt wurden, obwohl Kroatien dem Vertrag mit dem Internationalen Tribunal in Den Haag beigetreten war. Doch wie so häufig auf dem Balkan nach der Operation „Storm and Flash“ (1995) erließ Tujman sofort eine Amnestie, und damit wurde jedes Verfahren auf nationaler Ebene bis heute verhindert. Mein Hinweis an das Auswärtige Amt blieb ohne jeden Erfolg. Ein gründlich ermitteltes und vollständig abgeschlossenes Verfahren gegen einen kroatischen Milizführer in Starigrad (nördlich von Zadar) wegen eines Kriegsverbrechens blieb der Amnestie wegen ohne Erfolg, nicht nur in Kroatien, sondern auch in Den Haag, wohin der Vorgang über die deutsche Justiz weiter geleitet worden war.

Auch in Den Haag will man nur die Führer vor Gericht stellen, nicht aber die Handlanger. Wo waren die Anklagen gegen bosnische oder albanische Straftäter?

Man ließ zu, dass das Eigentum der im Zuge der Operation „Storm and Flash“ vertriebenen Serben aus der kroatischen Krajina und Dalmatien an bosnische Kroaten fiel, die sofort die Staatsangehörigkeit Kroatiens erhielten, nachdem sie Bosnien verlassen hatten. Mit anderen Worten, die „internationale Familie“ duldete eine stille ethnische Trennung, wie sie auch in Mostar vonstatten gegangen war. Der Wiederaufbau funktioniert, nicht aber die angeblich angestrebte Zusammenführung, die aber Grundlage aller Verträge ist und trotz aller Leiden unabdingbar. Ähnlich läuft es in Ostslawonien. Wohnungen werden okkupiert, die Bewohner vertrieben oder erpresst und die so genannte „Housing commission“ erlässt einen Verfahrensstop, weil der eigentliche Mieter nachweisen soll, wer ihm die Wohnung vermietet, was heute nicht mehr möglich ist und die jugoslawischen Dokumente nicht anerkannt werden. Die Menschen sitzen auf der Straße und fliehen oder ziehen zu Verwandten. Die kroatische Sprache wird von serbischen Begriffen und Wörtern „befreit“. Alles dient der ethnischen Bereinigung. Wer die Einhaltung der Menschenrechte verlangt, muss sie auch praktizieren oder durchzusetzen versuchen. Nicht alle Bosnier hießen Izetbegović, nicht alle Serben Milošević und auch nicht alle Kroaten Tujman, die meisten Menschen wünschen sich ganz im Gegenteil Frieden und lehnen den Chauvinismus ihrer jeweiligen Führer ab, der ihnen letztendlich nur Leid gebracht hat und noch bringt. Heute sagen die Menschen hinter vorgehaltener Hand: „Hätten wir doch noch Tito; denn er hat uns Aufschwung und Touristen gebracht.“ Ein Diktator, welche Ironie. Schauen wir heute nach Kroatien, stellen wir fest, dass die Partei Tujmans – die HDZ – wieder das Zepter in der Hand hat, ohne dass die internationale

Staatengemeinschaft verhinderte, dass eine so undemokratische Partei die Macht innehat.

Erst wenn die Menschen spüren, dass demokratische Grundregeln und Verhaltensgrundsätze gewahrt werden, werden sie bereit sein, ihre Ängste abzulegen und wieder Vertrauen zu fassen in eine wahrhaftige und offene Gesellschaft. Dieser Grundsatz ist aber nicht zu erzwingen, sondern muss behutsam unter Wahrung der jeweiligen Kultur und der Sozialisation erreicht werden. Es bedeutet aber auch, dass Mittel investiert werden sollten, ohne dass die Geldgeber auf den unmittelbaren Profit schauen, und genau da liegt der Punkt. Entscheidend war auch, dass die UN, aber auch die EU, nicht erkennen ließen, dass ihnen an der Erhaltung der Staatengemeinschaft Jugoslawien etwas lag, sondern nur an der Einstellung der Feindseligkeiten. Die Stornierung der Aufnahme Jugoslawiens in die KSZE (später OSCE) war nach meiner Einschätzung ein großer Fehler, weil sie Milošević die Möglichkeit einräumte, entgegen der Helsinki-Akte jede Kritik als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens zu betrachten.

Auch die Organisation von Wahlen im Nachkriegsbosnien lief bei weitem nicht reibungslos ab. Allein die Registrierung der Wähler stellte uns, die internationalen Beobachter, immer wieder vor erhebliche Probleme. Wer musste oder wer konnte zugelassen werden? Was veränderten Stimmenabgaben von Geflohenen, die an den Konsulaten oder Botschaften ihre Stimmen abgaben (ohne dass eine Rück-

kehr in ihre Gemeinden sichergestellt war, da dies vielerorts noch unmöglich oder gefährlich war)? Für mich war das Wahlverhalten am interessantesten. Selten wählten Einzelpersonen, meist erschien die ganze Familie und das Familienoberhaupt wachte aufmerksam darüber, ob auch nach seiner Vorgabe gewählt werde, ohne dass es dies kontrollieren konnte; denn gewählt wurde hinter einem Wandschirm. Ich glaube jedoch, niemand aus der Familie war bereit, gegen die Entscheidung des Familienoberhauptes zu verstoßen. Tatsächlich wurde in den meisten Fällen nach ethnischer Zugehörigkeit entschieden. Minderheiten hatten von vornherein absolut keine Chance, schon deshalb, weil die Parteien und Kandidaten im Prinzip auch nach ethnischen Zugehörigkeiten aufgestellt worden waren. Hinzu kam, dass die alten Seilschaften plötzlich die Verfechter demokratischer Grundregeln wurden, meist in ihrem eigenen Interesse, auch wenn gegeneinander kandidiert wurde, um nach der Wahl sofort eine Koalition einzugehen. Welche serbische Partei hätte in Ostslawonien – dort lebten über Jahrhunderte Serben – eine Chance? Das gilt auch für Kroaten in der Republik Srpska oder die ungarische Minderheit. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Serben nichts sehnlicher wünschen als den Anschluss an die Republik Serbien-Montenegro, und es darf auch nicht vergessen werden, dass letztendlich der Staat BiH ein künstliches Gebilde ist, aus dem erst eine nationale Einheit entstehen soll. Bei den ethnischen Vorgaben und dem entstandenen Leid ist dies eine langwierige Aufgabe, die der ständigen Aufsicht, Kontrolle und Unterstützung bedarf. Ich glaube, dass nur die Jugend, vorausgesetzt, sie wird dazu erzogen, in der Lage sein wird, Toleranz walten zu lassen und den Hass zu beseitigen, um letztendlich im Interesse der dort lebenden Menschen aufeinander zuzugehen.

### Kosovo

Die Kosovo Verification Mission (KVM) war Nachfolger der Kosovo Diplomatic Verification Mission (KDVM). Die etwa 200 Mitglieder der KDVM waren fast ausschließlich Soldaten. Der Vertrag zwischen Belgrad und den NATO-Staaten wurde für die Verbündeten von den Generälen Wesley Clark und Klaus Altmann unterschrieben, obwohl es sich um eine diplomatische und zivile Mission handelte. 1998 löste die KVM die KDVM ab. Milošević hatte der Mission zugestimmt und garantierte für die Sicherheit der Missionsmitglieder. Es galt aber, wie auch schon in BiH und Kroatien, das jugoslawische Recht. Milošević' Zustimmung hatte sicherlich den Hintergrund, dass die UCK (international: KLA) nur noch über sehr wenige Kräfte im Kosovo verfügte. Der wohl bekannteste Zonenkommandeur der UCK – Ramush Haradinaj – sprach von noch etwa 50 Kämpfern. Im Grunde hatten die Serben die UCK vernichtet und handlungsunfähig gemacht. Die Kämpfe zwischen den serbischen Sicherheitskräften (Polizei, Spezialpolizei, Militär und Arkans Tiger, eine Art ziviler Miliz aus dem organisierten Verbrechen) und der UCK hatten schweres Leid über den Kosovo gebracht, und zwar



Mostar 1995.

Ein Postbeamter bewacht mit Kalaschnikow seine Poststelle.

für alle Bevölkerungsgruppen. Angst, Hass und Not waren allgegenwärtig, doch die Entsendung der Missionsmitglieder verzögerte sich ständig. Die Mission begann im Herbst 1998 mit etwa 300 Beobachtern. Geplant waren bis Jahresende 2000 Beobachter. Zum Zeitpunkt der Evakuierung der Mission im März 1999 waren es noch nicht einmal 1200. Warum so zögerlich entsandt wurde, weiß ich nicht – ein Fehler war es in jedem Fall. Faire, aber notwendiger Weise harte Verhandlungen mit der serbischen Administration fanden nicht statt. Die Führung der Mission begünstigte klar die albanische Seite, die sich ähnlicher Verbrechen an ihren eigenen Leuten wie auch an der serbischen Bevölkerung schuldig gemacht hatte. Es galt der alte Grundsatz: Erst waren sie Terroristen, dann Freiheitskämpfer und am Ende gehörten sie zum Establishment. Um Milošević und sein übles Regime zu beseitigen oder zu zwingen, bedurfte es mehr Geschick.

Mitte Januar 1999 kam es zwischen den serbischen Sicherheitskräften und der UCK zu heftigen Auseinandersetzungen in der Umgebung von Decane, dem Sitz des dortigen Patriarchen. Die Einstellung der Kämpfe gelang zunächst nicht. Während wir auf der Polizeidienststelle in Decane mit der serbischen Polizei verhandelten, erschien dort der Vertreter des ehemaligen Generals DZ (so genannt seines unaussprechlichen Namens wegen), Gablinsky, und forderte die Serben arrogant und überheblich auf, die Kampfhandlungen sofort einzustellen. Die Serben reagierten abweisend und waren nicht dazu bereit, weil sich noch einige ihrer Fahrzeuge im Kampfgebiet befanden, deren Übergabe sie verlangten. Gablinsky verließ nach der Auseinandersetzung den Raum und kehrte wenig später mit der Weisung von „DZ“ zurück, dass die OSCE-Beobachter mit ihren orangefarbenen Fahrzeugen zwischen die Linien fahren sollten, um die Einstellung der Kämpfe zu erreichen. Der Leiter des Regionalcenters Pec, ein sehr tüchtiger und gebildeter österreichischer Offizier, verweigerte diese Weisung mit Hinweis auf die Gefahrenlage. Auch die serbische Polizei verweigerte sich mit dem Hinweis, die Sicherheit der Beobachter nicht garantieren zu können. Nach heftigem Streit fuhren wir in das Gebiet hinein. Aus



Wahlen in Kosovo, Herbst 2000

den nahe gelegenen Wäldern war starkes Maschinen- gewehrfeuer zu hören. Plötzlich wurde gestoppt. Ein Geschöß hatte ein Fahrzeug durchschlagen und einen schottischen Beobachter in die Schulter getroffen. Wir brachen die Aktion sofort ab und orderten den jugoslawischen Hubschrauber, den die serbische Militär- führung vertragsgemäß für Notfälle bereit hielt. Der Hub- schrauber landete in Pec am Krankenhaus. Auf dem Weg nach Pec erhielten wir von „DZ“ die Order, dass der Ver- letzte mit dem uralten Krankenwagen der OSCE nach Pristina zu fahren sei. Von dort wurde er ausgeflogen. Dies- es Misstrauen der serbischen Führung uns gegenüber führte zu einer mehrwöchigen Unterbrechung unserer mittlerweile guten Kontakte. Außerdem stellte sich heraus, dass die UCK die Anwesenheit der Beobachter nutzte, um ihre Kampfbereitschaft wieder herzustellen. Sie rekrutierte ihre Kämpfer aus der Republik Albanien und zwang Fami- lien aus dem Kosovo dazu, ihre Söhne zu stellen. Wurde dieser „Stellungsbefehl“ verweigert, musste Geld gezahlt werden. Gelang auch diese Repressalie nicht, wurde Ge- walt angewendet. Immer wieder wurde in der Öffentlich- keit behauptet, es gäbe eine Massenflucht aus dem Kosovo. Dem war nicht so. Es flohen Familien, wenn sie die Gelegenheit hatten, aber von einer Massenflucht konn- te keine Rede sein. Richtig ist, dass die Menschen ihre Dörfer und Behausungen verließen, wenn die Gefahr von Kämpfen drohte. Waren die Kämpfe beendet, kehrten sie in ihre teilweise zerstörten Dörfer zurück. Die Rücksichts- losigkeit der Kampfhandlungen hatten beide Seiten zu verantworten, verantwortlich gemacht wurde aber in der Regel nur eine Seite. Der Versuch der internationalen Poli- tik, aus den Kämpfen in Racak und Rugovo Massaker zu interpretieren, scheiterte, weil dieser Vorwurf nicht zu be- weisen war. In Racak gerieten die Dörfler, darunter einige UCK-Kämpfer und Kinder, zwischen die Linien. In Rugovo handelte sich es um dreitägige Kämpfe zwischen Serben und UCK. Die Behauptung, die Getöteten seien Zivilisten gewesen (so Scharping ) war schlichtweg falsch. Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Rambouillet war der Angriff der NATO unabwendbar. Die NATO-Führer glaub- ten, dass Milošević innerhalb weniger Tage nachgeben würde. Dies sollte sich als ein Irrtum mit leidvollen Folgen erweisen.

Die Evakuierung der OSCE-Beobachter vollzog sich in der letzten Märzwoche 1999, und zwar ohne jede Schwierig- keit. Wir wechselten die Grenze am Übergang zu Maze- donien ohne Probleme. Die serbischen Grenzpolizisten stempelten ein orthodoxes Kreuz in die Pässe und wir wa- ren ausgewiesen. Meinen Diplomatenausweis (deutsch und serbisch) ließen sie unberührt, im Gegenteil konnte ich ohne Fahrzeug und Begleiter sofort passieren und auf die Kollegen in Blace (Mazedonien) warten. Wir fuhren in ein Chaos hinein, denn offensichtlich waren die Angriffe geplant, nicht aber die Evakuierung und unser Status in Mazedonien. Man hatte es schlichtweg nicht für möglich gehalten, dass Milošević nicht nachgeben würde. In Skopje erlebten wir das reine Chaos, keine Unterbringungs-

möglichkeit, niemand wusste, wo er ableiben sollte. Die Mitglieder der KVM saßen in Skopje fest; denn die NATO beziehungsweise die EU hatten versäumt, mit der mazedonischen Regierung einen Status zu vereinbaren, der unseren Aufenthalt in Mazedonien hätte rechtfertigen können. Nach Verhandlungen und der Zahlung hoher Summen wurden wir dem UNHCR (Flüchtlingskommissariat der UN) zugeordnet, aber ohne jede Berechtigung unmittelbar einschreiten oder verhandeln zu können. Nach dreitägigem Chaos wurde mein Regionalcenter „Pec“ nach Ohrid im Süden Mazedoniens verlegt. Der Rest der Mission wurde entlassen und nach Hause geschickt. Auch das Regionalcenter wurde ausgedünnt. Unsere Beobachtergruppe umfasste nur noch 11 Personen. Nach einer Woche wurden wir zurückbeordert, um die Überwachung der Grenzen zwischen Tetovo/Jasnice, Blace und Kumanovo zu übernehmen, weil mittlerweile täglich Tausende Kosovo-Albaner, aber auch Serben, Türken und Roma aus dem Kosovo flohen, getrieben von den serbischen Kräften, welche die Luftangriffe nutzten, um die Kosovo-Albaner los zu werden, die der Logik der NATO folgend geschützt werden sollten – mit Vertreibungen hatte man nicht gerechnet. Bilder des Elends und der Verzweiflung boten sich uns. Was sollten die Menschen nun denken, die Schutz, Recht und Sicherheit gefordert und auf solche Zusagen gebaut hatten? Milošević nutzte die Angriffe, um die Albaner und andere ethnische Gruppen vom Nordosten nach Süden und Südwesten aus dem Kosovo heraus zu treiben. Mazedonien, die UN und vor allen Dingen die OSCE und die NATO waren völlig überrascht und hatten kein Konzept; hilflos standen sie vor der Weltöffentlichkeit und konnten keine andere Erklärung anbieten, als Schuldzuweisungen an Milošević – zu Recht, doch erklärten sie nie ihr eigenes Versagen. Durch die Angriffe wurde die Möglichkeit geschaffen, etwa 1,1 Millionen Menschen außer Landes zu treiben – keiner hatte damit gerechnet oder dies vorhergesehen. Ich werde die Bilder, die sich mir in Blace, Kumanovo, Jasnice oder in den Bergen bei Velje boten, nicht vergessen. Stundenlang mussten die geschwächten, verletzten und abgemagerten, ihrer Habseligkeiten beraubten Flüchtlinge in Bussen bei mehr als 40 Grad warten, um eine Unterkunft zu finden. In Jasnice und Blace konnten wir beobachten, wie die Flüchtlinge am Übergang nach Mazedonien ihre Fahrzeuge abliefern mussten, sie waren der Sold an Polizei, Militär und Arkans Tiger. Später wurde uns diese Beobachtungsmöglichkeit untersagt. Die mazedonische Administration arbeitete eng mit der serbischen Grenzpolizei zusammen und verpflegte sie sogar aus den Beständen der internationalen Hilfsorganisationen. Wir duldeten es, hüben wie drüben das gleiche Elend. Unsere orangefarbenen Fahrzeuge waren nicht gut gelitten, weil die Serben und die Mazedonier sie gleich setzten mit der Einseitigkeit des Vorgehens der Verbündeten im Kosovo, obwohl der Wechsel des Anstrichs etwas mit dem Weiß der Spezialpolizei im Kosovo zu tun hatte, nicht aber mit dem Auftrag, der aber als ungerecht empfunden wurde. Später – 2001 – waren unsere Fahrzeuge wieder weiß.

Aber geändert hatte sich im Prinzip nichts. Wir wurden geduldet, wohl wissend, dass wir keinen wirklichen Einblick hatten.

Zu meinem Aufgabengebiet gehörte unter anderem die polizeiliche Überwachung in Bogovinje, südlich von Gostivar gelegen, einem rein muslimischen Ort von etwa 8000 Bewohnern. In dem Ort gab es 11 „Bars“, in denen russische, ukrainische, bulgarische und moldawische Frauen animierten, Geschlechtsverkehr anboten oder verkauft wurden (*trafficking*). Der Ort galt schon zu Titos Zeiten als „Umschlagsplatz“ für den Frauenhandel. Nach einem Bombenanschlag auf eine der „Bars“ stellte ich fest, dass es enge Verbindungen zu in Deutschland lebenden Kroaten und Albanern gab, deren Familien in Tetovo und Zadar lebten und herrschten und die auch enge Verbindungen zu den albanischen „Freiheitskämpfern“ in Mazedonien (Ahmati, Daud Harandinaj) hatten. Nachdem ich meine Erkenntnisse an das Hauptquartier in Skopje weitergegeben hatte, erhielt ich Anweisung, die Finger davon zu lassen. Klar war, dass ohne Beteiligung der Polizei und der politischen Lobbyisten das organisierte Verbrechen dort nicht hätte arbeiten können. Selbst Interventionen strenggläubiger Muslime bei der OSCE oder der Regierung änderten nichts. Im Übrigen wurde hier wie in Kroatien deutlich, wie eng die Verbindungen zwischen Kroatien und der albanischen Seite auf dem Gebiet der Geldwäsche, des Drogenhandels und des Menschenhandels sind.

### Fazit

Ich bin trotz aller Mängel und Kritik und angesichts der Leiden der Bevölkerung der Auffassung, dass UN und EU die Verpflichtung haben, korrigierend einzugreifen, wo immer es notwendig erscheint, allerdings mit Fingerspitzengefühl und mit weniger politischem und strategischen Hintergrund, also, wenn man so will, gemäß dem Prinzip „Menschen für Menschen“. Ich bin kein Idealist und habe die Praxis ein wenig kennen gelernt und bitte um etwas mehr Mut und Wahrheit, wenn es bei internationalen Konflikten um Zustimmung oder Ablehnung geht.

*Hennig Hensch ist Polizeihauptkommissar a.D. und war zwischen 1994 und 2002 im Rahmen verschiedener internationaler Missionen im ehemaligen Jugoslawien tätig.*

**J. Kandel, E. Pulsfort, H. Sundhausen (Hg.)**

**Religionen und Kulturen in Südosteuropa  
Nebeneinander und Miteinander  
von Muslimen und Christen**

Berlin. Friedrich Ebert-Stiftung, 2003